

Das
„Berliner Tageblatt“
 erscheint täglich des Morgens, mit Ausnahme Montags,
 und ist durch die Expedition Jerusalemstr. 48, Filiale
 Friedrichstr. 66, Filiale Köpenick:
 Königsstr. 80, Filiale Charlottenburg: Prinzessstr. 35,
 sowie durch alle Zeitungs-Expeditoren und Post-Anstalten
 des Reiches zu beziehen.
 Redaktion: Jerusalemstr. 48.



Der Abonnements-Preis
 beträgt inclusive Donnerstags-Beilage „M“ und
 „Sonntagsblatt“ vierteljährlich 5 Mkr. 25 Pf. incl.
 Dienstadt, monatlich 1 Mkr. 75 Pf.; durch die Post be-
 zogen 5 Mkr. 50 Pf. pr. Quartal.
 Inserate, pr. Zeile 50 Pf. („Berliner Stadt-Anzeiger“
 30 Pf.), wozu Jerusalemstr. 48, Filiale Friedrichstr.
 66, Filiale Köpenick: Königsstr. 80,
 Filiale Charlottenburg: Prinzessstr. 35, angenommen.

Berliner Tageblatt.

Nr. 59.

Berlin, Sonntag, den 10. März 1878.

Hauptblatt.

Ausfaat und Ernte.

Es ist im Augenblicke noch nicht leicht, all die Veränderungen, welche die Budget-Projekte seit der Weisung des Herrn v. Bennigsen durchlaufen haben, in voller Klarheit zu überblicken, doch sind es wohl hauptsächlich drei Punkte, die den ursprünglichen Plan des Herrn v. Bennigsen am weitesten von dem ursprünglichen Plan abbringen, nämlich: die Erhöhung der Einkommensteuer, die Erhöhung der Verbrauchssteuer und die Erhöhung der Steuern auf den Grundbesitz.

Sobald sich erkennen läßt, ist der ursprüngliche Plan, Herrn v. Bennigsen an dem Camptenheide'schen Stelle mit der Leitung der preussischen und der Reichsfinanzen zu betrauen und ihm in dieser Stellung zugleich das Amt eines Reichszanlers und eines stellvertretenden Präsidenten des preussischen Staatsministeriums zu übertragen, an dem Widerstande des Kaisers gescheitert. Man wird dieses nun so früher annehmen dürfen, als es bekannt ist, daß Herr v. Bennigsen sich unmittelbar nach seiner Rückkunft von Berlin wiederholt dem Kaiser, daß nur eine in der betreffenden Angelegenheit zu vollziehende Veranlassung dieses wichtigsten öffentlichen Ministerpostens mit dem kaiserlichen Hofe der Reichsverwaltung die Erwartungen, die sich von einer Umgestaltung der Regierungsoberleitung hegen ließen, wirksam befriedigen werde. War dies aber des Fürsten Bismarck eigene Meinung und gestatten sich nunmehr die Verhältnisse trotzdem ganz anders, so ist es klar, daß ein mächtiger Einfluß die Absichten des Reichszanlers gekürzt hat, und dieser mächtiger Einfluß kann nur der des Kaisers selbst gewesen sein.

Auch ist der Grund dafür so schwer nicht zu entdecken. Wie sehr der Kaiser auch befreit sein mag, die Institutionen des Reichs, so weit die Verhältnisse es ermöglichen und die demselben die Selbstständigkeit der Einzelstaaten nicht entgegensteht, zu voller Entwicklung gelangen zu lassen, so verhält er sich doch in keinem Augenblicke, daß er selbst neben seiner kaiserlichen Stellung auch Souverän eines Einzelstaates ist, dessen Interessen neben denen des Reichs seine besondere Sorgfalt und Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Er wollte demnach alle Wahrscheinlichkeit nach seine Zustimmung nicht dazu geben, daß ein Mann, der nicht innerhalb des preussischen Beamtenbundes seine Carriere gemacht, dazu berufen würde, ein preussisches Ministerium und noch dazu fast das bedeutendste von allen, zu leiten, und vor diesem einem souveränen Einspruch müßte das Projekt des Fürsten Bismarck und damit auch die Candidatur des Herrn v. Bennigsen für das preussische Finanzministerium zurücktreten.

Das eine Verwirklichung des Projekts in diesem Sinne mittlerweile erfolgt ist, hat die Freitagsrede des Fürsten Bismarck bezeugt. Von vorstehenden Mitteilungen haben man freilich darin nicht, die Motive für die Veränderung des ursprünglichen Planes werden ganz anders hergeleitet, die Thatsache selbst aber, daß der Reichszanler jetzt eine frühere Abfertigung und Meinung ausgesprochen, läßt sich nicht wegleugnen. Während er sonst den preussischen Finanzminister als gleichzeitigen Reichs-Vize-Kanzler im Auge hatte, findet er jetzt diese Identität nicht mehr notwendig, ja, es scheint ihm sogar ein Minister ohne Portefeuille durchaus geeignet, die Vizekanzlersstelle zu übernehmen. Es geht aus diesem Alles hervor, daß Herr v. Bennigsen sich allerdings um Aussicht auf dieses nun so schwebende Reichsamt, daß ihm aber der Eintritt in das preussische Finanzministerium verweigert bleiben wird. Weiter aber folgt, daß das Finanzministerium freundschaftlich, wenn man denn einmal den Wiedereintritt des Herrn Camptenheide für unmöglich ansieht, nur einem in preussischen Beamtenbunde stehenden Manne übertragen werden wird, der natürlich dann auch den Posten eines Reichsfinanzsekretärs auszufüllen hätte.

Wer hierzu erfordern ist, mag auf den ersten Blick sehr fraglich erscheinen. Angewiesen wird eine unbefangene Betrachtung der Sachlage und auch hier der Wahrscheinlichkeit näher führen. Das es nämlich geschieht, daß Herr v. Bennigsen sich unter keinen Umständen bereit finden lassen wird, allein von seinen Parteigenossen in die Regierung einzutreten, so muß man demnach mit Notwendigkeit schließen, daß noch ein Mitglied der nationalliberalen

Partei außer ihm mit dem letztgenannten Posten bedacht werden wird. Ob Herr v. Forckenberg oder wer sonst diese Aussicht haben mag, kann dahingestellt bleiben, sowie auch keineswegs ausgeschlossen ist, daß ein anderes als gerade das Finanzministerium dem nationalliberalen: „Sesam, öffne dich!“ sich aufthun wird, wogegen dann, wie schon erwähnt, Herr General-Stenardirektor Burghart oder vielleicht der Regierungs-Präsident Hoffmann von Danzig, der früher bereits im Finanzministerium eine hohe Stellung bekleidete, das preussische Finanzministerium und das Reichsfinanzamt zu übernehmen hätte.

Eines aber wird sich vermutlich bald genug herausstellen, daß nämlich alle diese Veränderungen hinausgeschoben bleiben bis der Reichstag die Steuererlagen nach dem Wunsche des Reichszanlers erledigt haben wird. Man wendet ein zwar dieser Tage, daß Herr v. Bennigsen's Ernennung schon alsbald erfolgen werde, damit er in der Lage sei, um so künftiger für die Durchführung der Steuererlagen zu wirken, und nach der damaligen Sachlage war diese Voraussetzung auch wohl nicht unbegründet. Seitdem es aber sich zeigt, daß Herr v. Bennigsen nicht preussischer Finanzminister werden wird, so würde auch seine vorzeitige Ernennung zum Reichszanler keinen bedeutsamen Zweck haben, so wird die nationalliberale Partei erst zeigen müssen, daß sie die volle Willfährigkeit besitzt, die Herr v. Bennigsen von einer Regierungspartei erwartet. Vor Allem wird sie, nach seiner Intention, diese Willfährigkeit durch den bedingungslosen Verzicht auf die zuerst so laut und nun immer läudlicher behauptete Forderung der konstitutionellen Garantien zu bekunden haben, so daß die Verheißung der Ministerposten, wenn sie wirklich Wahrheit wird, sich lediglich als eine Belohnung für treu geleistete Dienste darstellen würde. Was freilich bei einem solchen Anzuge der Dinge aus der nationalliberalen Partei werden mag, das sieht auf einem andern Blatte. Jedenfalls aber entspräche in diesem Falle die organisatorische Ernennung nicht ganz der liberalen Ansicht, auf die so große Hoffnungen gesetzt wurden.

Zur Orientierung.

Vor einiger Zeit war es eine lebhaft erregte Frage in russischen Kreisen, ob die Worte zu dem europäischen Kongresse zu schicken werden solle oder nicht. Jetzt wird uns erinnert, wie von russischer Seite stark dagegen agitiert, während englischerseits die Forderung aufrecht erhalten wurde. Die Streitfrage scheint inzwischen zu Gunsten der Worte geklärt, denn ein halbamtliches Telegramm aus Konstantinopel sagt, daß dem Vernehmen nach Savitri Bahadur als Vertreter der Türkei auf dem Kongresse versandt sei. In England sieht man sich den Worten, als ob man noch nicht wüßte, ob von einem Kongresse oder einer Konferenz die Rede ist. So erwiderte Lord Derby am Freitag im Oberhause auf eine Anfrage Lord Granvilles: Die Konferenz über den Kongress solle in Berlin stattfinden. Die englische Regierung verhandle jetzt mit den anderen Mächten, namentlich mit Desterreich, über die Pläne für die Konferenz. Die englische Regierung habe bereits in der bekannten Depesche erklärt, daß sie keine Veränderungen an dem durch den europäischen Vertrag getroffenen Arrangement anerkennen könne, bis dieselben die Zustimmung der übrigen Mächte erhalten haben. Die englische Regierung habe sich dahin ausgesprochen, daß nicht einfach ein Abzug, sondern der ganze Vertrag zwischen England und der Türkei dem Kongresse unterbreitet werden sollte. So Lord Derby, dessen Rede durch nachfolgende Depesche aus Malta vom 8. d. die nötige friedliche Illustration erhält: Vier englische Panzerschiffe werden in Malta bleiben, um weitere Befehle in Empfang zu nehmen. Das Transportschiff „Cypriotes“ geht mit 1068 Mann Truppen an Bord nach England, der „Scorpio“ nach Indien. Vier minder große Schiffe sind nach den Dardanellen abgegangen, eine nach Kreta. Angehörig der Depesche lieh daran erinnert, daß die Worte erst ganz kürzlich einen erneuten Protest erhoben hat, daß keine Kriegsschiffe ohne ihre Erlaubnis die Dardanellen passieren. Wenn also England, bevor die neuen Verhältnisse nicht durch neue Verträge sanctioniert sind, die alten Traktate als noch zu gelten bestrebt erachtet, dann wäre wohl das Platzschiff, das es dieselben auch absetzt und nie nicht — wie schon durch die erste Forderung der Dardanellen es geschehen ist — trotz aller feierlichen Phrasen in aller Gemüthsruhe in die Brüste führt.

Ueber die beiden materiellen Hauptfragen, welche auf dem Kongresse zu entscheiden sind, läßt sich ein bemerkenswerther Artikel der „Welt“ — der übrigens durchsichtigen ist, daß Herr v. Bennigsen das Resultat nicht abgeben wird — lesen. Demnach sind: Fragen: wie, welche materiellen Fragen die eigentlich entscheidenden sind, so sehen wir doch in der Hauptsache nur zwei. Die eine trifft vor Allen England, aber in zweiter Linie alle Mittelmeerländer, und mehr oder minder das gesamte Europa. Sie lautet: Wie ist Konstantinopel zu schützen, nachdem der Sultan nun so hartnäckig das Schicksal der Abhängigkeit ist, während die Grenzen des neuen Bulgariens, das zunächst auf eine russische Abhängigkeit angelegt ist, diese Hauptstadt unbedingten? Russland scheint in San Stefano bezüglich

der Meerengendurchfahrt die Aufrechterhaltung des status quo stipuliert zu haben. Das ist sehr bequem für Russland, da nach Heftig das Schwere Meer den europäischen Kriegsschiffen verschlossen, während die Gefahr, daß die Pforte den Zugang zu diesem Meer durch Kriegserklärung an Russland seinen Schiffen öffnen könnte, fast durchaus unentbehrbar geworden ist. Viel größer ist die Wahrscheinlichkeit geworden, daß die Pforte in künftigen Kriegen als Verbündete Russlands dessen Rechte in das Schwarze Meer aufnehmen werde. Hier muß die Konferenz entscheiden, ob dieser Zustand angenommen werden soll. Ihn abzuwenden wird aber nur gelingen, wenn England seine Energie auf diesen Punkt konzentriert und sich zur Regelung derselben nicht in einem ausschließlich englischen, sondern in europäischer Sinne geneigt zeigt und angeregt ist, für eine solche Regelung seinerseits mit Aufbietung aller Kraft voranzugehen. Der zweite Punkt betrifft in erster Linie ein österreichisches, in zweiter Linie aber wiederum ein allgemeines Interesse. Es ist die Frage nach der Konstitution Bulgariens. Die Hauptfrage ist nicht die zweijährige Behauptung durch Russland, obwohl dieses Verlangen sehr beachtlich ist, die gegen den unmittelbaren türkischen Besitz vorzuziehen sind. Die Hauptfrage ist vielmehr, welche Vorkehrungen zu treffen sind, um Bulgarien, wenn die russische Okkupation beendet sein wird — diese allein wird es nicht russisch machen — nicht zur russischen Dependenz werden zu lassen. Vorkehrungen dieser Art durchzuführen und genügend, sind recht wohl denkbar. So wie die Sicherung Konstantinopels abhängt, ob England nicht unflugh und kurzfristig auf Nebenpunkte ausgeht, so hängt die Sicherung Bulgariens davon ab, ob Desterreich den klaren Blick behält, seine Kräfte nicht in lächerlichen Schmälerungen der bulgarischen und der anderen slavischen Nationalitäten eingebracht zu verdrängen. Wenn die Hauptangelegenheiten die richtigen Ziele erkennen, so wird die Konferenz wohl die richtigen Wege finden, um selbst Russland nicht mit dem Ausgang zutreiben zu können. Europa wird nur der Geopelte Russlands werden, nachdem es sein eigener Geopelter geworden. Das Prädikat, sind wir geneigt zu glauben, wird mit der Klugheit sein, aber es wird gegen den Liebeswahn sein, wenn dieser die Gullibergung an sich zu ziehen vermag sollte. Sowohl aus London als aus Wien vertrieht man, daß nach nicht der Text der russischen Friedensbedingungen dort bekannt ist. So erklärte Lord Derby am Freitag im Oberhause, er könne nicht sagen, wann die Regierung in der Lage sein werde, die Friedensbedingungen vorzulegen. Und die Wiener ministerielle Presse meldet, daß bisher noch keine entscheidenden Mitteilungen über die Friedensbedingungen in Wien eingetroffen seien. Das Petersburger Kabinett habe die Angelegenheit dortin gelassen, daß es jetzt von dem Friedensinstrumente volle Kenntnis geben werde, sobald Janatschiff dasselbe dem Kaiser Alexander überreicht haben würde. Nach den letzten in Petersburg aus Konstantinopel vorliegenden Nachrichten soll General Janatschiff erst heute (Sonntag) von dort mit Neuf Pasha zum Austausch der Ratifikationen nach Petersburg abreisen. Mit der Wahl Neuf Pashas zum außerordentlichen Abgeordneten, die auf speziellen Wunsch des Sultans erfolgte, hat man sich dieses einverstanden erklärt.

Auch die griechische Frage will nicht zur Ruhe kommen. Mäßen der Mitteilungen unserer heutigen Spezialtelegramms aus Athen liegt eine halbamtliche Mitteilung aus Konstantinopel vor, daß dem Vernehmen nach die Pforte die Mächte in einer Note erucht hat, eine Forderung an Griechenland auszusprechen, damit dasselbe den Zustand in Thessalien und Epirus und auf Kreta nicht seiner begünstigen und nähre. Falls diese Schritt wirkungslos bleiben sollte, würde ein starkes türkisches Truppenkorps nach Thessalien abgedient und von dem Panzergeschwader unter Dobat Pasha unterstützt werden. Nach Kreta sind bereits Truppen abgegangen, zum Kommandanten von Kreta ist Mourit Pasha, zum Chef des Generalstabes Mehmed Ali Pasha ernannt.

Ein Berar Korrespondent der Köln. Ztg. hat vor einigen Tagen den unglücklichen Suleiman Pasha in einen Satz gefasst und in die Dardanellen werfen lassen. Wieviel hatte der Satz ein Loch oder war nach dem Wüster des bekannten Boykott-Edemim-Apparats gearbeitet, denn ein offizielles Telegramm aus Konstantinopel vom Freitag vermeldet, daß Suleiman Pasha am genannten Tage in Konstantinopel eintreffen sollte, um dort vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

Politische Tages-Nebersicht.

Berlin, 10. März.
 Bei Bildung jeder neuen Gesellschaft muß die Statutenabfassung und eventuell die spätere Änderung der Statuten Debatten von viel größerer Breite und Wichtigkeit hervor, als irgend ein wichtiger, materieller Gegenstand, der zur Tagesordnung steht; die formellen statutarischen Fragen bezeugen denn dem eitelsten Verständnis, Jeder weiß etwas darüber zu sagen, Jeder hat seine besonderen Wünsche dabei. Wir haben dies auch von der Verlage über die Selbstvertretung des Reichskongresses in dieser Woche im Reichstage wieder erleben müssen, doch in der Form, in welcher sie eingebracht ist, nicht weiter ist, als eine formelle statutarische Änderung. Ueber die kleine Para-